

## VOICE stellt 9 Forderungen zur Digitalpolitik der künftigen Bundesregierung

### 1. Digitale Bildung und Weiterbildung unterstützen

Wesentliche Voraussetzung für die Gestaltung einer erfolgreichen digitalen Gesellschaft ist die Entwicklung eines umfassenden Bildungs- und Weiterbildungsprogramms. Die Bildungspolitik muss dafür ihre föderalen Grenzen überwinden und starke Bildungsangebote entwickeln – im schulischen, universitären und im Bereich der beruflichen (Weiter-)Bildung. Dazu müssen für Lehrer digitale Weiterbildungsmaßnahmen konzipiert und die Teilnahme daran verpflichtend gemacht werden. Im universitären Bereich sollte, ähnlich wie bei der Exzellenzstrategie, ein Programm entwickelt werden, das Hochschulen mit herausragenden digitalen Angeboten fördert. In der beruflichen Weiterbildung gilt es, für weiterbildende Unternehmen Steuererleichterungen zu entwickeln und die Bundesagentur für Arbeit in die Pflicht zur digitalen Weiterbildung zu nehmen. Darüber hinaus sollten Verbände gefördert werden, die für ihre Mitglieder digitale Weiterbildungsprogramme entwickeln und/oder realisieren.

### 2. Sicherheitsniveau an die Anforderungen der digitalen Gesellschaft anpassen

Es ist klar, dass sich mit der Digitalisierung die Angriffsfläche vergrößert. Wenn es um Digitalisierung geht, geht es nicht mehr nur um klassische private und kommerzielle IT-Systeme, sondern auch um Produktionsanlagen, klassische Infrastrukturen wie Energieversorgung, Gesundheitswesen und Verkehr. Durch die Angriffe der vergangenen Jahre und Monate ist mehr als deutlich geworden, dass das heutige Sicherheitsniveau nicht ausreicht, um die digitale Gesellschaft ausreichend zu schützen. Um es auf den Punkt zu bringen: Wir können nicht in autonomen Autos reisen oder LKWs unsere Waren autonom transportieren lassen, wenn wir sie nicht besser schützen als unsere Büro-Anwendungen. Deshalb fordert VOICE eine Expertengruppe, die messbare Sicherheitsziele definiert und Strategien für ihre Umsetzung entwickelt. In diesen Strategien sollen sich folgende Grundsätze spiegeln:

- Security by Cooperation – mehr Sicherheit durch den intensiven Austausch von Angriffstrends, Lagedaten und Best Practice aller Beteiligten (Anwenderunternehmen, Anbieter, Forscher, Sicherheitsbehörden)
- Security by Design – Security muss inhärenter Bestandteil des Software-Entwicklungsprozesses werden. Es sollten Kriterien entwickelt und kontrolliert werden, die die Sicherheit von Softwareprodukten messbar beschreiben (ähnlich dem CE-Zertifikat)
- Security by State – Der Gesetzgeber muss klare Regeln dafür schaffen, was im digitalen Raum verboten ist. Nur wenn Unternehmen und Privatpersonen starkes Vertrauen in die digitalen Systeme setzen, werden sie die großen Veränderungen in ihrem Leben und die Allgegenwärtigkeit digitaler Technologien und Service akzeptieren.

Siehe dazu auch das [IT-Manifest](#) und die [14 Forderungen zur Konkretisierung der Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland](#)

### 3. Breitbandausbau bis 10 Gigabit/ Sek. zum vordringlichen Infrastrukturziel erklären

Flächendeckender breitbandiger Internetzugang ist entscheidend für Wachstum und Wohlstand in Deutschland – künftig genauso wichtig wie die klassische Verkehrsinfrastruktur. Deshalb fordert VOICE die Bundesregierung auf, ihre Breitbandziele drastisch nach oben zu korrigieren und zwar analog zu den mit 5G-Technologien erreichbaren 10 Gigabit pro Sekunde. Mit einer Kombination aus Glasfaser und 5G-Mobilfunk ließen sich solche Bandbreiten bis 2025 flächendeckend realisieren. Voraussetzung dafür sind allerdings massive Investitionen des Bundes in die digitale Infrastruktur – auch hier können klassische Infrastrukturen (Verkehr, Energie, Wasser) als hilfreiche Analogien gesehen werden. Ohne den festen politischen Willen und öffentliche Investitionen kann der flächendeckende Breitbandausbau bis in den Gigabit-Bereich nicht gelingen, weil er sich mittelfristig für die Provider nicht lohnen würde, bzw. die Anschlussgebühren für die privaten und kommerziellen Verbraucher zu hoch würden.

### 4. Faire Marktbedingungen schaffen

Die Abhängigkeit aller Unternehmen von Software steigt mit der Digitalisierung deutlich an. Das gibt Softwareanbietern – vor allem solchen mit großer Nutzerbasis und tiefer Verankerung in den Unternehmen besonders große Spielräume bei der Preis- und Lizenzgestaltung. Viele Anwenderunternehmen sind nicht nur abhängig von Software im Allgemeinen, sondern können zum Teil nur mit enormem finanziellen Aufwand die Software eines Anbieters durch die eines anderen ersetzen. Der Staat muss den Missbrauch dieser Macht über den Kunden durch klare gesetzliche Regeln verhindern. Um Missbrauch handelt es sich zum Beispiel, wenn sich ein Softwarehersteller auch für die sogenannte indirekte Nutzung seiner Software bezahlen lässt. Damit nutzt er die Abhängigkeit des Kunden von seiner Software aus, um illegale Gebühren zu erheben.

### 5. Standortstärken weiter ausbauen

Die Stärke der deutschen Wirtschaft liegt zum einen in ihrer starken Fertigungswirtschaft und zum anderen in der Vielzahl der mittelständischen Unternehmen. Deshalb müssen Bestrebungen in Richtung Industrie 4.0 deutlich ausgebaut werden. Für mittelständische Unternehmen ist eine Förderung digitaler Projekte vorstellbar, die sie bei der Entwicklung digitaler Innovationen unterstützt (zum Beispiel durch den Ausbau der digitalen Hubs oder durch die Verpflichtung der IHKs, eine digitale Beratung für ihre Mitglieder aufzubauen). Auf der anderen Seite könnten gerade Mittelständler steuerlich entlastet werden, die in digitale Technologien investieren, um ihre Unternehmen zukunftssicher zu machen.

### 6. E-Government und digitale Projekte in Kommunen und Regionen vorantreiben

Kommunen und Regionen haben erheblichen Einfluss auf die Entwicklung einer digitalen Gesellschaft. Wenn die öffentliche Verwaltung in Kommunen und Regionen Digitalisierung vorlebt, hat das große Strahlkraft auf Bürger und Unternehmen. Deshalb muss E-Government auf kommunaler und

regionaler Ebene konsequent vorangetrieben werden. Das gleiche gilt für Internetzugang im öffentlichen Raum sowie für digitale Verkehrs- und Infrastrukturprojekte der öffentlichen Hand. Damit das digitale Rad nicht immer wieder neu erfunden wird, muss auch die Digitalisierung in Kommunen und Regionen übergreifend koordiniert werden zum Beispiel durch zentrale Koordinierungsstellen und durch Leuchtturmprojekte.

## 7. Digitalisierung auf Bundesebene bündeln

Die Bundesregierung muss ihre Digitalisierungsanstrengungen bündeln. Die Verteilung auf verschiedene Ressorts hat die Fortschritte verlangsamt und nicht wie erhofft, beschleunigt. Deshalb plädiert VOICE für ein eigenes Digitalisierungsministerium in der Bundesregierung. Wünschenswert wäre außerdem eine bessere Koordination zwischen Bund und Ländern.

## 8. Agile Arbeitsformen in den Unternehmen zulassen

In einer digitalen Welt verändern sich Geschäftsmodelle, Prozesse und Abläufe in Unternehmen sehr häufig und zum Teil fundamental. Deshalb muss die Politik dafür sorgen, dass den Unternehmen größerer Handlungsspielraum in ihrer Personalpolitik eingeräumt wird. Sie müssen auf agile Arbeitsformen zurückgreifen können. Daher sollten Unternehmen selbst entscheiden dürfen, wie lange sie gut bezahlte IT-Berater als Freiberufler oder über Personaldienstleister beschäftigen. Das geltende Arbeitnehmerüberlassungsgesetz sollte daher in Bezug auf IT-Freiberufler und -Berater noch einmal überdacht werden.

## 9. Vereinheitlichung des Datenschutzes und der Ausführungsbestimmungen

Die Anwenderunternehmen leiden heute unter der unterschiedlichen Interpretation der Datenschutzregelungen von EU-, Bundes- und Landesebene. Anlässlich der ab 2018 geltenden EU Datenschutzgrundverordnung sollten deshalb schnell klare Ausführungsbestimmungen erlassen werden, damit die Verordnung von den Landesdatenschutzbeauftragten einheitlich ausgeführt werden können. Die bisherige Praxis, in der Landesbeauftragte das bestehende Bundesdatenschutzgesetz unterschiedlich interpretieren und ausführen, führt zu Wettbewerbsverzerrungen in Deutschland.

## Impressum

### **VOICE - Bundesverband der IT Anwender e.V.**

**Vertreten durch:**

Dr. Thomas Endres	Vorsitzender des Präsidiums
Dr. Ralf Schneider	Stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums
Dr. Hans-Joachim Popp	Stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums und Präsidiumsmitglied für den Bereich IT-Security

Büro Berlin:	Kurfürstendamm 217, 10719 Berlin
Büro München (Postanschrift):	Hohenlindener Str. 1, 81677 München
Büro Köln:	Waltherstr. 49-51 Haus 1, 51069 Köln

Tel.:	+49 30 2084 964 70
Fax:	+49 30 2084 964 79
E-Mail:	voice-info@voice-ev.org

Umsatzsteueridentifikationsnummer:	DE 281638339
Registergericht:	Berlin Charlottenburg
Vereinsregisternummer:	VR 31149 B

**Geschäftsführer und verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV:**

**Wolfgang Storck**

#### **Nutzungsbedingungen und Haftungsausschluss**

Die nachfolgenden Bestimmungen gelten zwischen VOICE e.V. (im Folgenden auch „Diensteanbieter“ genannt) und den Nutzern für die Benutzung dieser Stellungnahme, soweit nicht im Einzelfall speziellere Vereinbarung zwischen dem Diensteanbieter und einem Nutzer über die Benutzung der in der Stellungnahme angebotenen Inhalte geschlossen werden.

Der Diensteanbieter behält sich vor, diese Bestimmungen jederzeit zu ändern.

#### **Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit der Inhalte**

Der Diensteanbieter hat die Inhalte und Informationen in der Stellungnahme mit Sorgfalt erstellt. Der Diensteanbieter übernimmt jedoch keine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität der zur Verfügung gestellten Inhalte und Informationen, ausgenommen es handelt sich um gesetzlich vorgeschriebene Pflichtangaben des Diensteanbieters.

#### **Urheberrechtsschutz für Inhalte**

Die Stellungnahme enthält Inhalte und Informationen, für die Schutzrechte, wie z.B. Markenrechte oder Urheberrechte, zugunsten des Diensteanbieters oder auch zugunsten von Dritten bestehen. Eine Nutzung und/oder Verwertung der Inhalte ist daher nicht gestattet, soweit dies über die technisch bedingte Vervielfältigung zum Zwecke der bestimmungsgemäßen Anzeige und Nutzung der Stellungnahme durch den Nutzer hinausgeht.